Rat/028/2021-2026

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 26.10.2023

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 20:48 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

VorlNr.

RV Lüttjohann verliest den Nachruf des am 25.09.2023 verstorbenen Ratsherrn und Stadtältesten Reiner Hohls. Alle Anwesenden erheben sich für eine Gedenkminute.

Es schließt sich eine, von Bgm Oestmann initiierte, weitere Schweigeminute an, die der Opfer der aktuellen Kriege in der Ukraine und Israel gilt.

RV Lüttjohann gratuliert anschließend Bgm Oestmann für 40 Dienstjahre treuer Pflichterfüllung im öffentlichen Dienst. Er überreicht ihm die Urkunde und einen Blumenstrauß.

Bgm Oestmann lädt alle Anwesenden zu einem kleinen Umtrunk im Anschluss an die Ratssitzung ein.

RV Lüttjohann eröffnet daraufhin die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

VorlNr.

Bgm Oestmann teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Ratsanträge zu TOP 10.1 „Beantragung von Fördermitteln zur Wärmeplanung und 10.2 „Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Personalkonzeptes“ zurückziehe.

Die Tagesordnung und die dazu vorliegenden Anträge werden **einstimmig** angenommen.

TOP 3 Nach- und Umbesetzungen in den Fachausschüssen

VorlNr. 0358/2021-2026

Bgm Oestmann erklärt, dass es zu Beginn der Woche zwei Austritte aus der SPD-Fraktion gegeben habe, und zwar von RF Heike Behr und RH Gilberto Gori. Beide haben inzwischen mitgeteilt, dass sie eine eigene Fraktion (BEGO) bilden.

RF Behr stellt den Antrag für die BEGO der Mehrheitsgruppe SPD-Die Grünen-Linke beizutreten.

RF Dembowski entspricht als Sprecherin der Mehrheitsgruppe dem Antrag der Gruppe BEGO, sich in der Mehrheitsgruppe zu integrieren. Man freue sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Rat stellt auf Antrag der jeweils entsendenden Fraktionen folgende Um- und Nachbesetzungen in den Fachausschüssen fest:

1. Ausschuss für Jugend und Soziales

An Stelle von	Ilka Holsten-Poppe (MGH Waffensen)	wird	**Anne Garbe** (MGH Waffensen)

   einstimmig als hinzugewähltes Mitglied eines Trägers der freien Jugendhilfe gewählt.

2. Finanzausschuss

An Stelle von	Alexander Gridin	wird	**Christopher Nitz** (SPD-Grüne-Linke-BEGO)

   einstimmig gewählt.

3. Sportausschuss

An Stelle von	Marje Grafe (SPD-Grüne-Linke)	wird	**Christopher Nitz** (SPD-Grüne-Linke-BEGO)

   einstimmig gewählt.

4. Verwaltungsausschuss:

An Stelle von	Alexander Gridin als stv. Beigeordneter	wird	**Gilberto Gori** (SPD-Grüne-Linke-BEGO)

   einstimmig gewählt.

5. Umweltschutzausschuss

An Stelle von	Alexander Gridin	wird	**Joachim Hickisch** (SPD-Grüne-Linke-BEGO)

   einstimmig gewählt

TOP 4 **Bebauungsplan Nr. 7 - Beiderseits der Fuhrenstraße -, 1. Änderung; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss** VorlNr. 0318/2021-2026

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt erhebt **einstimmig** die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.

2. Der Rat der Stadt beschließt **einstimmig** den Bebauungsplan Nr. 7 - Beiderseits der Fuhrenstraße -, 1. Änderung gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

TOP 5 Bebauungsplan Nr. 89 - Hohenesch-Süd / Kesselhofskamp -, 1. Änderung; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss

VorlNr. 0319/2021-2026

RH Klingbeil bringt die, aus seiner Sicht, menschenunwürdigen Wohnumstände in der Notunterkunft am Kesselhofskamp zur Sprache. Er habe den Eindruck, dass mit dieser Änderung im B-Plan der Grundstein für eine Exklusion von vermeintlich problematischen Menschen gelegt werde.

RH Klingbeil erklärt, dass seine Fraktion „Grüne-Linke“ die Verschriftlichung des ordnungspolitischen Konzeptes sowie eine Erweiterung um pädagogische Maßnahmen erwirken wolle, die im Bedarfsfall eine soziale Betreuung gewährleisten und die Gruppen mit unterschiedlichen Bedarfen fachlich zu trennen wisse.

RH Klingbeil fährt fort, dass seine Fraktion, bevor es zu baulichen Maßnahmen komme, einen gesamtheitlichen Blick erhalten wolle, um darauf passende Maßnahmen, auch baulicher Art, ableiten zu können. Sonst müsse man sich bei den Massenunterkünften selbstkritisch fragen, ob die Stadt die Probleme rund um die DauerbewohnerInnen nicht selbst heranzüchte.

RH Klingbeil zitiert ein Urteil des Verwaltungsgerichts München, das besage, dass Obdachlosenunterkünfte wegen ihres wohnähnlichen Charakters in einem Gewerbegebiet gebietsunverträglich seien.

RH Klingbeil ist der Meinung, dass der Rat somit etwas legalisiere, das illegal sei.

RH Klingbeil fährt fort, dass die Fraktion „Grüne-Linke“ keine Notlage sehe, diesen Bebauungsplan heute zu beschließen, da der Wohnraum Kesselhofskamp zurzeit nicht bewohnbar sei.

RH Klingbeil stellt aus diesem Grund den Antrag auf Vertagung des Ratsbeschlusses.

RV Lüttjohann wirft ein, dass RH Klingbeil diesen Antrag schon unter TOP 2 hätte stellen müssen. Aus diesem Grund müsse dem Antrag an dieser Stelle nicht entsprochen werden.

Bgm Oestmann weist darauf hin, dass sowohl die Verwaltung als auch er selbst schon mehrfach auf diese Themenblöcke geantwortet habe. Es handele sich in diesem Fall um ein Bauland-Verfahren und nicht um den Themenbereich des Sozialausschusses.

Bgm Oestmann fügt hinzu, dass die zitierte Entscheidung eine erstinstanzliche Entscheidung eines Verwaltungsgerichtes in Bayern sei, bei der die genauen Zusammenhänge betrachtet werden müssen. In vorliegenden Fall befinde sich die Obdachlosenunterkunft nah an einem Industriegebiet aber nicht mittendrin.

BGM Oestmann fährt fort, dass die Stellungnahme des Landkreises der Stadt aufgebe, sich mit der Problematik zu beschäftigen. Dies habe die Stadt im Wege des Abwägungsprozes-

ses getan. In der Begründung zum B-Plan könne man genau nachlesen, dass die Stadt dies sehr wohl zur Kenntnis genommen und abgewogen habe.

Bgm Oestmann führt weiter aus, dass er den Fraktionen mehrfach mitgeteilt habe, in welcher Situation man sich befinde. So beabsichtige die Stadt nicht, dieses Gebäude, so wie es dort stehe, wieder in Betrieb zu nehmen. Es sei jedoch eine Tatsache, dass die Stadt in der Flüchtlingssituation „aus allen Nähten platze“. Man habe Personen, und dies werde im Ausschuss für Jugend und Soziales noch genauer dargestellt werden, die seit Jahren in Rotenburg seien, die aber auch seit Jahren auffällig seien. Diese Personen haben bei der Polizei ein langes Straftatenregister.

Bgm Oestmann erläutert, dass jede Grundeinweisung in Hemphöfen/Wallbergstraße geschehe, da dort die Gemeinschaftsunterkunft sei. Wenn dort jedoch jemand den Hausmeister angreife, sodass dieser verletzungsbedingt krankgeschrieben werden müsse, könne eine solche Person nicht in der Unterkunft belassen werden. Eine alternative Unterbringung werde in Kesselhofskamp oder an anderer Stelle derart geschaffen werden, dass sie den Anforderungen einer menschengerechten Unterbringung als Notunterkunft gerecht werde.

RH Fuchs sieht als Grundproblem dieser Debatte gewisse Scheuklappen zu diesem Thema. Er kritisiert, dass der Bürgermeister nicht auf die Argumente von RH Klingbeil eingehe.

RH Fuchs konkretisiert, dass bis zum heutigen Tage nicht klar sei, dass der Rat wirklich ein ordnungsrechtliches und sozialpolitisches Konzept für die städtischen Obdachlosenunterkünfte erarbeiten wolle.

RH Fuchs fährt fort, dass der Rat vor einem Jahr, als die mediale Berichterstattung hochkochte, die gemeinsame Erklärung abgegeben habe, dass er Vertrauen in seine Verwaltung habe. Dies stehe auch heute nicht zur Debatte.

RH Fuchs erklärt, dass das Bestandsgebäude sehr wahrscheinlich abgeschoben werden solle und dann überlegt werde, ob dort Wohncontainer hinkommen oder, ob sie woanders aufgestellt werden. Es stelle sich somit die Frage, ob an dieser Stelle überhaupt noch einmal Obdachlose untergebracht werden.

RH Fuchs fügt hinzu, dass dies in diesem ungeklärten sozialpolitischen und ordnungsrechtlichen Rahmen das hauptsächliche Motiv der Fraktion „Grüne-Linke“ sei, eine Vertagung zu beantragen. Dies dürfe nicht als Ablehnung verstanden werden.

RH Fuchs unterstreicht, dass seine Fraktion sich nicht einer notwendigen Entscheidung verweigere. Seine Fraktion möchte diese Entscheidung in ein Gesamtbild und eine tatsächlich vorhandene Notwendigkeit eingeordnet wissen. Es sei in den nächsten Monaten nicht möglich in Kesselhofskamp Obdachlose unterzubringen.

RH Fuchs fragt, warum jetzt mit Nachdruck planungsrechtliche Grundlagen geschaffen werden sollen, wo ein erheblicher Teil der Ratsmitglieder Bauchschmerzen habe und große Probleme sehe, wie mit den Obdachlosen umgegangen werde.

RH Fuchs schließt mit der Frage, ob durch den Umgang mit den Obdachlosen nicht am Ende gefördert werde, dass die Menschen in Rotenburg (W.) nicht nur für kurze Zeit blieben. Mit der Vertagung solle Zeit für eine grundlegende Debatte erreicht werden.

RH Fuchs bittet um Zustimmung für diese Vertagung.

RH Künzle weist darauf hin, dass der Staat aus Art. 20 Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden sei. Die Nutzung des Geländes sei die, die in der Satzungsänderung vorgeschlagen sei.

RH Künzle habe den Bürgermeister bisher so verstanden, dass das Gelände für einen sozialen Zweck genutzt werde. Aus diesem Grunde sehe er keinen Anlass dafür, die Entscheidung zu verschieben. Er bittet deshalb darum, diesen Antrag heute anzunehmen.

Bgm Oestmann möchte abschließend klarstellen, dass der B-Plan nötig sei, um eine Handlungssicherheit zu haben und um zwischen verschiedenen Optionen wählen zu können. Man könne die Obdachlosen in Kesselhofskamp nicht isoliert betrachten. Die Stadt müsse gerade prüfen, was für Möglichkeiten sie habe, mit den Obdachlosen, aber auch den Ukrainerinnen und Ukrainern, die rechtlich gesehen ebenfalls als Obdachlose gelten, umzugehen. Außerdem dürfe die Flüchtlingssituation nicht außeracht gelassen werden. Die Stadt müsse sehen, wo sie welche Menschen unterbringen könne.

Bgm Oestmann fährt fort, dass an der alten Kita-Wiedaustraße noch 28 Container stehen, bei denen geprüft werden müsse, ob sie für die Unterbringung zu verwenden seien.

Bgm Oestmann macht deutlich, dass alle Optionen ausgeschöpft werden müssen. Deshalb habe er auch dem Motoradclub, der in Kesselhofskamp Räume angemietet habe, mitgeteilt, dass alles danach aussehe, dass das Gebäude dort abgeräumt werde und daraufhin dort Container aufgestellt werden, so dass der Motoradclub sich eine neue Bleibe suchen müsse. Deshalb müsse die Stadt schnell reagieren können und dafür müsse die Bauleitplanung abgeschlossen sein.

Bgm Oestmann fügt hinzu, dass die Begleitung der Obdachlosen in dem entsprechenden Ausschuss erörtert werden müsse. Er hebt hervor, dass diese Begleitung eine freiwillige Aufgabe der Stadt sei, die eigentlich der Landkreis machen und finanzieren müsse. Dafür werde die Stadt kein Geld erhalten und daran hätten auch die Gespräche mit dem Landkreis nichts geändert. Es müsse schnell reagiert werden, um die Gesamtsituation zu entzerren und dafür brauche man diese rechtliche Sicherheit.

RV Lüttjohann bittet um die Abstimmung, ob dieser TOP verschoben werden soll. Die Ratsmitglieder stimmen mit 6 Ja- und 23 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gegen die Verschiebung.

Beschluss:

3. Der Rat der Stadt erhebt **mehrheitlich** die Vorschläge des Bürgermeisters zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.

4. Der Rat der Stadt beschließt **mehrheitlich** den Bebauungsplan Nr. 89 – Hohenesch-Süd / Kesselhofskamp -, 1. Änderung gemäß § 10 BauGB als Satzung mit Begründung.

TOP 6 Richtlinien zur Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen

VorlNr. 0196/2021-2026

Bgm Oestmann informiert darüber, dass es viele Menschen gebe, die in Freiflächen-Photovoltaik investieren wollen. Deshalb sei es wichtig, dass die Stadt erstmal ein Raster erschaffe, nach denen die Anträge abgewogen und in der Bauleitplanung begleitet werden können. Danach können die vorliegenden Anträge abgearbeitet und daraufhin dem Rat mit einer Empfehlung der Verwaltung vorgelegt werden.

RH Fuchs ergreift das Wort. Sein Beitrag liegt diesem Protokoll als **Anlage** bei.

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig** den Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaikanlagen als verbindlichen Entscheidungsrahmen für die Ausweisung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen durch Bauleitplanverfahren in der Stadt Rotenburg (Wümme).

TOP 7 Satzung der Stadt Rotenburg (Wümme) zur Regelung des Adventsleuchten (Weihnachtsmarkt)

VorlNr. 0375/2021-2026

RF Bassen merkt dazu an, dass in der Satzung ein Passus stehe, dass die Anmeldungen bis zum 31. Oktober abgegeben werden müssen. Sie gehe davon aus, dass das noch nicht für das diesjährig Adventsleuchten gelte, da dann ja vom heutigen Tag an nicht mehr viel Zeit bliebe.

Bgm Oestmann stimmt zu und informiert, dass das Adventsleuchten dieses Jahr das erste Mal stattfinde und man deshalb dieses Jahr noch flexibel sei, was solche Termine betreffe.

RH Künzle merkt an, dass im ersten Paragraphen die Nummerierung nicht ganz stimme. Er gehe davon aus, dass das noch korrigiert werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** die Satzung der Stadt Rotenburg (Wümme) zur Regelung des Adventsleuchten (Weihnachtsmarkt).

TOP 8 8. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen

VorlNr. 0376/2021-2026

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** die 8. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen in der vorliegenden Fassung (Anlage 1).

TOP 9 Weitere Beteiligung am internationalen Aktionstag "Cities for Life - Cities against Death Penalty"

VorlNr. 0374/2021-2026

RH Klingbeil regt an, dass die Stadt Anfang des nächsten Jahres auf die Schulen zugehe und diese bitte, sich mit dem Thema zu beschäftigten.

Bgm Oestmann bezweifelt, dass eine Stadtverwaltung dafür zuständig sei, politische Aktionen anzustoßen. Er habe das bewusst vor einigen Monaten in den Verwaltungsausschuss und in die politischen Fraktionen mit dem Hinweis reingegeben, dass alle Beteiligten sich darum kümmern sollen, wenn sie zu diesem Thema etwas machen wollen. Wenn dies so sei, werde die Stadt das Symbol für den Preis von 1.000 € an die Wand projizieren.

Bgm Oestmann unterstreicht, dass die Stadt Rotenburg (W.) nicht aus dem Bündnis austreten wolle. Das sei in der letzten Wahlperiode ein Beschluss gewesen. Es gehe nur darum, dieses Symbol nicht für viel Geld an die Wand zu werfen und keiner schaue hin.

RH Klingbeil widerspricht, dass die Stadt Rotenburg (W.) den städtischen Schulen mitteile, dass sie bei Aktionen der Bundeswehr auch eingeladen werden und Schulen durch die Stadt angehalten seien, diese Informationen weiterzugeben. Dies sei explizit bei dem feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr, das auf dem Sportplatz in der Ahe stattgefunden habe, der Fall gewesen.

RH Klingbeil ist der Ansicht, dass die beiden Veranstaltungen vergleichbar seien und somit die Stadt auch hier in der Pflicht sei, die Schulen dazu aufzufordern, sich daran zu beteiligen.

Bgm Oestmann antwortet dazu, dass die Stadt die Schülerinnen und Schüler auf viele Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung, wie z.B. auf die Ausbildungsmesse der BBS u.ä. hinweise.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt **einstimmig** die weitere Unterstützung der Initiative „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“. Er beschließt weiterhin, die Illumination des Rathauses am zugehörigen Aktionstag (30. November) bis auf Weiteres auszusetzen. Eine Illumination soll dann wieder erfolgen, wenn die Beleuchtungsaktion nicht nur alleine für sich stehen muss, sondern durch begleitende aussagekräftige Aktionen aus dem gesellschaftlichen/politischen Raum unterstützt wird.

TOP 10 Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:

VorlNr.

TOP 10.1 Beantragung von Fördermitteln zur Wärmeplanung; Ratsantrag der FDP vom 11.10.2023

VorlNr. 0384/2021-2026

Der Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 10.2 Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Personalkonzepts; Ratsantrag der FDP vom 11.10.2023

VorlNr. 0385/2021-2026

Der Antrag wurde zurückgezogen.

TOP 10.3 Beitritt zum Bündnis "Gemeinsam gegen Sexismus"; Ratsantrag der FDP vom 11.10.2023

VorlNr. 0386/2021-2026

Die Vorlage wird nach Antrag der FDP vom 11.10.2023 in den Ausschuss für Jugend und Soziales verwiesen.

TOP 10.4 Erweiterung des Konzepts gegen Obdachlosigkeit; Ratsantrag B90/Die Grünen-DIE LINKE vom 14.10.2023

VorlNr. 0387/2021-2026

Die Vorlage wird nach Antrag von Bündnis 90-Die Grünen-Die Linken vom 14.10.2023 in den Ausschuss für Jugend und Soziales verwiesen.

TOP 10.5 Aufstellung einer Gestaltungssatzung für die Innenstadt; Ratsantrag aller Fraktionen vom 18.10.2023

VorlNr. 0394/2021-2026

Nach dem Ratsantrag aller Fraktionen vom 18.10.2023 wird die Vorlage in den Ausschuss für Hochbau und Planung verwiesen.

TOP 11 Mitteilungen und Anfragen

VorlNr.

TOP 11.1 Anfrage der FDP: Förderung der Erstellung eines kommunalen Wärmeplans

VorlNr.

Bgm Oestmann möchte eine schriftliche Anfrage der FDP beantworten, die er in ähnlicher Form vor einigen Monaten schon einmal beantwortet habe. Es gehe darum, wer den Wärmeplan für die Stadt Rotenburg (W.) erstellen solle. Sofern die Stadt diesen erstelle, möchte die FDP wissen, ob dafür ausreichend Kapazitäten bestehen.

Bgm Oestmann beantwortet diese Frage mit Nein. Es seien keine Kapazitäten dafür vorhanden.

Des Weiteren möchte die FDP wissen, ob eine Vergabe beabsichtigt sei und, wenn ja, zu wann.

Bgm Oestmann antwortet, dass man da in der Prüfung sei, ob eine entsprechende Vergabe vorgenommen werde.

Die FDP fragt außerdem an, ob die Stadtwerke Rotenburg (Wümme) GmbH imstande seien, eine solche Planung zu übernehmen. Wenn dies nicht so sei, möchte die FDP wissen, warum.

Bgm Oestmann antwortet dazu, dass die Stadtwerke aktuell für die Stadt den Energiebericht erstellen. Die Stadt werde dann prüfen, ob die Planung an die Stadtwerke vergeben werden kann. Es würde sich allerdings anbieten, da die Stadtwerke die Verbrauchsdaten und die Wärmedaten haben und sich mit der Wärmeplanung beschäftigen.

Die FDP fragt auch, welche Kosten, getrennt in Sach- und Personalkosten, für die Erstellung zu erwarten seien, ob hierfür bereits Positionen für die kommenden Haushalte vorgemerkt worden seien, ob mit weiteren Zuschüssen des Bundes, bzw. des Landes zu rechnen sei, und, wenn ja, welche und in welcher voraussichtlichen Höhe?

Bgm Oestmann antwortet, dass die Fragen sich ergänzen, da man mit dem Nds. Klimagesetz eine ganz klare Aussage habe: Für die Erstaufstellung der Wärmeplanung erhalte die Stadt in den Jahren 2024 – 2026 jährlich 16.000 € zzgl. 0,25 €/Einwohnerin bzw. Einwohner. Dann sei man bei ca. 21.750 € bei 23.000 EinwohnerInnen. Dabei zählen die Daten des Landes. Nach Aussagen des Gesetzgebers sollten diese Mittel ausreichend sein. Ob dies wirklich so sei, werde man sehen. Diese Mittel werden auf jeden Fall in den Haushalt als Ausgabe sowie gleichzeitig auch als Einnahme eingestellt werden, da die Zuweisung durch das Land laut Gesetz automatisiert geschehen solle.

RH Künzle möchte wissen, ob weitere Fördermittel geprüft werden.

Bgm Oestmann informiert, dass die Verwaltung Aussagen des Umweltministeriums habe, dass eine Doppelförderung gesetzlich ausgeschlossen sei. Man betrachte die Zuweisung aus dem Klimagesetz als Förderung, so dass weitere Fördertöpfe für die Stadt zurzeit nicht zur Verfügung stünden.

TOP 11.2 Aktuelle Flüchtlingssituation

VorlNr.

Bgm Oestmann erklärt zur aktuellen Flüchtlingssituation, dass die Zahl der Flüchtlinge vom Bund auf die Länder und von da auf die Landkreise verteilt werde. Von dort werden die Flüchtlinge entsprechend der Einwohnerzahl auf die Kommunen verteilt.

Bgm Oestmann fährt fort, dass die Stadt (Stand 01.10.2023) bis Ende März 2024 noch 78 Flüchtlinge zu erwarten gehabt habe. Am 09.10.2023 habe sich diese Zahl auf 182 erhöht.

Binnen einer Woche sei die Stadt damit konfrontiert worden, 104 Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Die 78 Flüchtlinge hätten wahrscheinlich untergebracht werden können. Es werde jedoch nicht gelingen, 182 Flüchtlinge unterzubringen. Deshalb arbeite die Verwaltung derzeit intensiv daran, wo welcher Wohnraum generiert werden könne.

Bgm Oestmann erläutert, dass eine dezentrale Unterbringung in kleinen Wohneinheiten, so sinnvoll sie zur Integration sei, bei dem aktuell sehr angespannten Wohnungsmarkt extrem schwierig sei. Deshalb schaue man sich nach zentralen Unterkünften um.

TOP 11.3 Fertigstellung und Einweihung der Disc-Golf-Anlage

VorlNr.

Bgm Oestmann teilt mit, dass am 25.10.2023 die Arbeiten zur Disc-Golf-Anlage am Heimathaus begonnen haben. Am heutigen 26.10.2023 sei die Anlage fertiggestellt worden. Am morgigen Vormittag um 10:00 Uhr werde die feierliche Einweihung zusammen mit dem Initiator und dem Sportausschuss-Vorsitzenden begangen. Alle Ratsmitglieder seien schon eingeladen worden.

TOP 11.4 Haushalt 2023

VorlNr.

Bgm Oestmann informiert, dass die Stadt am 13.10.2023 die Freigabe des Haushaltes übermittelt bekommen habe. Diese Freigabe müsse nun noch im Amtsblatt veröffentlicht werden. Ab 13.11.2023 werde der Haushalt dann zur Verfügung stehen.

TOP 11.5 Aktionstage "Keine Gewalt gegen Frauen"

VorlNr.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Rissiek, weist auf die Aktionstage „Keine Gewalt gegen Frauen“ hin, die die Gleichstellungsbeauftragten zusammen mit den Landfrauen im November organisieren. Dies geschehe, weil am 15.11. der internationale „Tag gegen Gewalt gegen Frauen“ sei und dazu international viele Veranstaltungen stattfinden. Sie weist darauf hin, dass die Anwesenden die detaillierten Aktionen in Rotenburg (W.) in den von der Gleichstellungsbeauftragten ausgelegten Flyern finden. Sie bittet darum, die Informationen zu teilen.

TOP 11.6 Unzureichende Beleuchtung des hinteren Teils des Bahnhofsparkplatzes

VorlNr.

RH Westermann bemängelt die Beleuchtung im hinteren Bereich der Parkplätze am Bahnhof. Er fragt nach, ob man prüfen könne, inwieweit diese verbessert werden könne.

Frau Schumacher vom Bauamt informiert, dass heute in ihrem Amt die Beleuchtung am Bahnhof schon Thema gewesen sei. Die Firma Koslowski war bereits vor Ort und hat ein neues Beleuchtungskonzept vorgestellt. Es wurde heute ein Teil der Beleuchtung ausgetauscht. Es sollen aber auch noch einige Leuchten mehr gesetzt werden.

Ergänzung zum Protokoll:
Frau Schumacher teilt mit, dass für den hinteren Teil des Parkplatzes die Stadtwerke zuständig seien. Diese haben ihr mitgeteilt, dass die Ausleuchtung angemessen sei. Es müsse allerdings ein Rückschnitt der Bäume vorgenommen werden.

Frau Schumacher habe die zuständige Kollegin schon informiert. Wenn dies nicht ausreiche, müsse ein neues Beleuchtungskonzept aufgestellt werden.

TOP 11.7 Energieeinsparung im öffentlichen Raum

VorlNr.

RH Hikisch erinnert daran, dass das Thema „Energieeinsparung“ im letzten Jahr das beherrschende Thema gewesen sei. In diesem Zusammenhang fragt er an, wo die Stadt in diesem Herbst/Winter Energie einsparen wolle/könne.

Bgm Oestmann hebt hervor, dass Energieeinsparungen immer noch sehr wichtig für die Stadt seien, jedoch in den Bereichen, in denen es sinnvoll sei. Die städtischen Mitarbeitenden seien nach wie vor aufgerufen Energie einzusparen und die Räume nicht zu überheizen. Man müsse aber auch feststellen, dass das ganze Rathaus energetisch eine Katastrophe sei. Das müsse verbessert werden.

Bgm Oestmann erinnert daran, dass die Stadt letztes Jahr bei der Weihnachtsbeleuchtung gespart habe um ein Zeichen zu setzen. Das werde dieses Jahr nicht mehr getan, da in dem Bereich nur eine minimale Einsparung von deutlich unter 1.000 € erreicht worden sei. Die Weihnachtsbeleuchtung werde dieses Jahr wieder ganz normal betrieben werden, um den Menschen, gerade in diesen Zeiten, eine schöne Vorweihnachtszeit bereiten zu können. Generell sage er „Ja“ zur Energieeinsparung, aber die Innenstadt soll wieder strahlen.

TOP 11.8 Neugestaltung der Spielplätze in der Stadt

VorlNr.

RH Klingbeil zeigt sich erfreut darüber, dass die städtischen Spielplätze neu gestaltet werden sollen. Er möchte wissen, ob die Kitas bei der Planung mit beteiligt worden sind.

Bgm Oestmann antwortet, dass die Stadt ca. 57 Spielplätze im städtischen Bereich habe. Er habe angeregt, dass bei der Neugestaltung die AnwohnerInnen stärker mit einbezogen werden, als früher. Dabei seien Kita-Kinder, seiner Meinung nach, nicht extra nochmal mit einbezogen worden, da die Spielplätze in den entsprechenden Wohnbereichen neu gestaltet werden sollen. Es sei auch fraglich, ob alle 57 Spielplätze erhalten werden können oder, ob ein paar Spielplätze abgebaut werden, die wenig frequentiert werden. Die Spielplätze, die großen Zuspruch haben, sollen bei der Neugestaltung besonders beachtet werden.

TOP 11.9 Infos zu Jukunft auf der städtischen Internetseite nicht auffindbar

VorlNr.

RH Klingbeil bemängelt, dass man zum Thema Jukunft auf der städtischen Seite keine Einträge finde. Er möchte wissen, wo Interessierte zu dem Jugendgremium Informationen finden. Des Weiteren möchte er wissen, ob es Protokolle gebe und, wo man Einblicke in die Arbeit von Jukunft bekommen könne.

Bgm Oestmann antwortet, dass er, als die Homepage vorgestellt worden sei, darum gebeten habe, wenn es Auffälligkeiten gebe, dies den beiden dafür zuständigen Mitarbeitenden mitzuteilen. Die Pflege der Homepage sei extrem viel Arbeit. Die Stadt habe zwar einen Anbieter, der der Stadt die Homepage technisch zur Verfügung stelle. Jedoch mussten die beiden Mitarbeitenden sämtliche redaktionellen Einträge mühsam selbst einstellen. Bisher seien fast ausschließlich die Inhalte der alten Homepage auf die neue übertragen worden. Es sei kaum etwas Neues hinzugekommen. Zurzeit seien die beiden KollegInnen hauptsächlich damit beschäftigt, dass Online-Zugangs-Gesetz einzubauen.

Bgm Oestmann fügt hinzu, dass Jukunft sich bisher noch nicht beschwert habe. Diese seien wahrscheinlich eher auf jugendtypischen Kanälen unterwegs. Wer Jukunft suche, der finde sie auch. Er werde das Thema aber für das nächste Gespräch mit Jukunft mitnehmen.

Ergänzung zum Protokoll:
Mittlerweile wurde das Gespräch mit Jukunft geführt. Von dort sollen Inhalte zugeliefert werden, dies wurde so vereinbart.

TOP 11.10 Barrierefreiheit der städtischen Webseite

VorlNr.

RH Klingbeil bemängelt, dass es für kein einziges Bild auf der städtischen Internetseite Alternativtexte für blinde Menschen gebe, die es diesen ermögliche, Fotos anhand einer vernünftigen Bildbeschreibung zu erfassen. Er möchte wissen, ob die Stadt sich um die Erstellung der Alternativtexte bemühen werde.

Bgm Oestmann antwortet, dass er dazu bisher noch nichts sagen könne. Das müsse zusammen mit dem Anbieter gemacht werden. Er gibt zu bedenken, dass es unwahrscheinlich viel Arbeit erfordere, jedes Bild mit einem Text zu versehen, der beschreibe, was auf dem Bild zu sehen sei. Dadurch bleibe im Rathaus Arbeit an andere Stelle liegen.

TOP 11.11 Satzung der Stadt Rotenburg (W.) auf der städtischen Webseite

VorlNr.

RH Klingbeil berichtet, dass er versucht habe, auf der städtischen Webseite die Satzung der Stadt aufzurufen. Er habe sie nicht finden können. Er bittet den Bürgermeister, sich darum zu kümmern, dass dies möglich sei.

Bgm Oestmann antwortet, dass grundsätzlich alle Satzungen unter „Ortsrecht“ zu finden seien. Man könne nicht jeden Punkt, der gesucht werde, im Menü verorten. Dann werde die Homepage unübersichtlich. Dafür gebe es die Suchmaske.

RH Klingbeil weist darauf hin, dass er die Satzung in der Suchmaske eingegeben habe und sie ihm nicht angezeigt wurde. Das müsse geändert werden.

RV Lüttjohann sichert zu, dass dies in die Abteilung mitgenommen werde.

TOP 11.12 Aufruf zur Beteiligung der einzelnen Mitglieder des Rates beim Adventsleuchten

VorlNr.

RH Fuchs erinnert daran, dass die Ratsmitglieder sich bereit erklärt hatten, beim Adventsleuchten mitzuwirken. Es sei ein Organisationskomitee gegründet worden. Dazu seien die Ratsmitglieder am gestrigen Tag von RF Kettenburg per E-Mail gefragt worden, inwiefern sie sich konkret daran beteiligen wollen.

RH Fuchs fragt an, ob alle Ratsmitglieder diese E-Mail erhalten haben und ob sich alle in der Lage sehen, RF Kettenburg zeitnah zu antworten.

gez. Bürgermeister gez. Vorsitzende/r gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.